

N i e d e r s c h r i f t (ö f f e n t l i c h e r T e i l)

über die 12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010, um 17.00 Uhr im Ratssaal, Schillerstraße 4

A n w e s e n d :

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling als Vorsitzender
Beigeordneter Rolf Franzen

und folgende Ratsmitglieder:

- 1 Cleemann Evelyne
- 2 Dettweiler Kurt
- 3 Düker Bernhard
- 4 Eckerlein Thomas (ab 17.04 Uhr)
- 5 Gauf Christian
- 6 Graßhoff Martin (ab 17.03 Uhr)
- 7 Gries Thorsten
- 8 Hahn Günter
- 9 Dr. Hitschler Walter
- 10 Kaiser Ingrid
- 11 Kirchner Annegret
- 12 Krauskopf Hanne
- 13 Kretzschmar Uwe
- 14 Kroh Jürgen
- 15 Metzger Elisabeth
- 16 Neubert Volker
- 17 Nunold Matthias
- 18 Dr. Pohlmann Norbert
- 19 Rauch Christina
- 20 Reitnauer Oliver
- 21 Rimbrecht Walter
- 22 Ruf Achim
- 23 Schanne-Raab Gertrud
- 24 Schaffenberger Florian
- 25 Scherer Richard
- 26 Schneider Dirk

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

- 27 Schönborn Peter (bis 19.57 Uhr)
- 28 Stauch Hanne
- 29 Streuber Elke
- 30 Wilhelm Sabine
- 31 Zahler Kurt
- 32 Moulin Stephane
- 33 Presl Fritz
- 34 Dr. Runge Dietmar
- 35 Schiller Eckhart

Es fehlten entschuldigt:

Dr. Ohler Wolfgang
Danner Hedi
Pussamsies Thomas
Dr. Bock Reinhard
Reich Josef

Außerdem waren anwesend:

Amt 10 – Herr Körner und Frau Guthor
Amt 11 – Herr Seib
Amt 14 – Herr Filbrich
Amt 20 – Herr Maier
Amt 30 – Frau Dr. Bucher
Amt 50 – Herr Stock
Amt 51 – Herren Wilhelm und Burkey
Amt 60 – Herr Morscher
Personalrat – Herr Kallenbrunnen
Gleichstellungsstelle – Frau Kuppitz

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Ausbau der Talstraße (ab Hs.-Nr. 49a bzw. 54);
Festlegung des Stadtanteils
- 2 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Aufstellung eines Bebauungsplanes BH 33 „Ehemalige Landwirtschaftsschule
Jacobystraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
- 3 Beitritt der Stadt Zweibrücken zum Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“
(Antrag der CDU-Fraktion vom 22.2.2010)
- 4 Anpassung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Mittelbach
- 5 Bildung einer Haushaltskommission
- 6 Benennung des Anstaltsbeirates der JVA
- 7 Bericht zur Genehmigung des Haushaltes durch die ADD
(Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 19.05.2010)
- 8 Beitritt zur gemeinsamen Resolution „Investitionskraft der Städte erhalten“
(Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2010)
- 9 Beteiligung der Fraktionen (Fraktionsvorsitzenden) an der Gestaltung des Programms anlässlich des Aufenthalts der Delegationen Barrie, Yorktown und Boulogne zur 600-Jahr-Feier des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken
(Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2010)
- 10 Ausweisung eines Nahversorgungszentrums im Rahmen des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Niederauerbach
(Antrag der Fraktionen FDP, SPD und Die Linke vom 25.05.2010)
- 11 Über- und außerplanmäßige Ausgaben
- 12 Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Personalangelegenheit

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

- 2 Personalangelegenheit
- 3 Anfragen von Ratsmitgliedern

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Anschließend stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Stadtrates sowie die form- und fristgerechte Einladung der Ratsmitglieder fest.

Der Vorsitzende spricht eine Belobigung für die Mitarbeiterin des kommunalen Vollzugsdienstes, Frau Cornelia Harz aus. Der Vorsitzende erklärt, dass es bei Wohnungsdurchsuchungen durch den Hinweis von Frau Harz zum Auffinden von drei gefährlichen Langwaffen gekommen sei und dass sie so sowohl zur Aufklärung als auch möglicherweise zur Verhinderung von Straftaten beigetragen habe. Ohne ihre Neutralität aufzugeben, habe sie als verantwortungsvolle Staatsbürgerin gehandelt.

I. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: **Ausbau der Talstraße (ab Hs.-Nr. 49a bzw. 54);
Festlegung des Stadtanteils****

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 159.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Die beitragsfähigen Kosten für den Ausbau der Gehwege, der Straßenentwässerungsanlage (Anteil Gehwege), der Stützmauer vor Hs.-Nr. 54 sowie der Straßenbeleuchtungsanlage in der Talstraße (ab Hs.-Nr. 49a bzw. 54) werden zu 35 % von der Stadt übernommen. Den Restbetrag haben die Eigentümer der beitragspflichtigen Grundstücke nach Maßgabe der Satzung zu tragen.

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 2: **Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Aufstellung eines Bebauungsplanes BH 33 „Ehemalige Landwirtschaftsschule Jacobystraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 162.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Die Aufstellung des Bebauungsplanes BH 33 „Ehemalige Landwirtschaftsschule Jacobystraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB wird beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem der Stadtratsdrucksache Nr. 162 beiliegenden Lageplan zu entnehmen (Anlage).

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 3: **Beitritt der Stadt Zweibrücken zum Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“
(Antrag der CDU-Fraktion vom 22.2.2010)**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 160.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Dem Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“ wird beigetreten und unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Zielsetzung und der verantwortlichen Einbindung des Seniorenbeirates werden die in Zweibrücken schon bestehenden Strukturen weiterentwickelt.

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 50

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 4: Anpassung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Mittelbach

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 168.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Kaiser erklärt Beigeordneter Franzen, dass es sich um vier Stellen in Teilzeit handele, die einen Gesamtbedarf von 2,5 Planstellen ausmachen. Er erklärt weiterhin, dass es für die Eltern eine Informationsveranstaltung gegeben habe, bei der die Resonanz der Eltern zum größten Teil positiv ausgefallen sei.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass seine Fraktion diesem Tagesordnungspunkt zustimmen werde. Er selbst sei auf der Informationsveranstaltung gewesen, lediglich zwei der ca. 35 Eltern seien mit dem vorgeschlagenen Betreuungsangebot nicht zufrieden. Er berichtet, dass der Ortsbeirat sich einstimmig für das neue Betreuungsangebot ausgesprochen habe. Weiterhin führt Ratsmitglied Dettweiler aus, dass durch die Zusammenarbeit der Kindertagesstätte Regenbogen und der Grundschule keine weiteren Räumlichkeiten gefunden oder Möbel beschafft werden müssten.

Beigeordneter Franzen erklärt, dass die Stadt gesetzlich verpflichtet sei, neue Betreuungsangebote zu entwickeln und dass sich die Kosten hierfür auf ca. 25.000,00 € pro Jahr belaufen.

Ratsmitglieder Krauskopf, Cleemann und Schanne-Raab begrüßen ausdrücklich das neue Betreuungsangebot.

Ratsmitglied Dr. Hitschler ist der Meinung, dass es zwar gut sei, diese Betreuungslücke zu schließen, jedoch damit zu rechnen sei, dass auch andere Grundschulen dieses Angebot umsetzen möchten und so mit etwa zehn neuen Personalstellen zu rechnen sei. Er möchte wissen, ob die ADD dieser Maßnahme bereits zugestimmt habe.

Beigeordneter Franzen erklärt, dass es überhaupt nicht möglich sei, an allen Grundschulen dieses Angebot einzuführen. Er geht davon aus, dass die ADD sich positiv zu dem neuen Betreuungsangebot äußern werde, da die Stadt dazu gesetzlich verpflichtet sei.

Ratsmitglied Schneider schlägt vor, dass man zur Betreuung auch Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr ableisten, einsetzen solle. Dies würde weder die Stadt noch die Eltern zusätzlich Geld kosten.

Beigeordneter Franzen entgegnet, dass die Stadt nur dann den Zuschuss der Landesregierung in Höhe von 35 % erhalten werde, wenn qualifiziertes Personal eingesetzt werde.

Ratsmitglied Stauch ist der Meinung, dass man die private Kinderbetreuung mehr fördern solle. Sie erinnert daran, dass die ADD ausdrücklich erklärt habe, dass die Stadt die Personalkosten nicht mehr erhöhen dürfe.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt Herr Burkey, dass es bislang 15 verbindliche Anmeldungen von Kindern berufstätiger Eltern gebe.

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Ratsmitglied Rimbrecht fragt, warum man nicht gleich eine Ganztagschule einrichte.

Beigeordneter Franzen entgegnet, dass die Stadt beabsichtige dieses neue Betreuungsangebot nur an den Schulen einzuführen, die geringe Chancen hätten eine Ganztagschule zu werden.

Ratsmitglied Graßhoff erklärt, dass Ganztagschulen besser seien, da dann das Land für die Kosten aufkommen müsse.

Ratsmitglied Eckerlein schlägt vor, die ortsansässigen Unternehmen in die Finanzierung des Betreuungsangebotes einzubeziehen.

Ratsmitglied Krauskopf ist der Meinung, dass die Stadt in den meisten Grundschulen bereits ein gutes Betreuungsangebot habe und nur an bestimmten Stellen etwas verbessert werden müsse. Sie gibt zu Bedenken, dass Jugendliche, die ein freiwilliges soziales Jahr ableisten, mit der Betreuung von Kindern überfordert sein könnten.

Ratsmitglied Dr. Hitschler stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt in den Hauptausschuss zu verweisen.

Der Antrag von Ratsmitglied Dr. Hitschler wird mit

3 Ja-Stimmen
0 Enthaltungen und
32 Nein-Stimmen

abgelehnt.

Beigeordneter Franzen erklärt, dass die Einrichtung von Ganztagschulen die Stadt auch Geld kosten werde und dies von einer Mindestanmeldezahl abhängig sei. Die ADD werde sich nicht gegen das neue Betreuungsangebot aussprechen, da dieses auf gesetzlicher Grundlage basiere.

Der Stadtrat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Die Anpassung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Mittelbach und die damit verbundene Änderung der Gruppenstruktur in der Kindertagesstätte Regenbogen wird ab 16.08.2010 in der dargestellten Form beschlossen. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Unabhängig von der noch ausstehenden Entscheidung über die zukünftige Höhe der Elternbeiträge im Ganztagschulkinderbereich wird der einkommensunabhängigen Erhebung von Teilzeit-Hortbeiträgen für die vorliegende Angebotsform in genannter Höhe zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen und
0 Nein-Stimmen

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 51

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 5: Bildung einer Haushaltskommission

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 161 und auf die Ergänzung zu dieser Stadtratsdrucksache.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Bildung einer Haushaltskommission zu.

Der Kommission gehören folgende Ratsmitglieder an:

SPD	–	Frau Wilhelm, Herr Presl
CDU	–	Herren Schiller und Gauf
FDP	–	Herr Dr. Hitschler
FWG	–	Herr Reitnauer
Grüne Liste	–	Frau Schanne-Raab
DIE LINKE	–	Herr Nunold

Darüber hinaus gehören der Kommission der gesamte Stadtvorstand sowie Vertreter der Kämmerei und des Hauptamtes an. Vorsitzender der Kommission ist der Finanzdezernent.

Die Kommission fasst keine verbindlichen Beschlüsse. Sie spricht Empfehlungen für die Haushaltsberatungen aus.

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 6: Benennung des Anstaltsbeirates der JVA

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 164.

Ratsmitglied Rimbrecht betont, dass er als Leiter der Berufsbildenden Schule Mitglied des Beirates sei und nicht als Stadtratsmitglied.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Stadtrat benennt als Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken folgende Personen:

- 1 Frau Hedi Danner
- 2 Herr Bernhard Düker
- 3 Herr Karl-Heinz Weinberg, Evang. Krankenhaus
- 4 Herr Uwe Kretzschmar
- 5 Herr Walter Rimbrecht, BBS Zweibrücken
- 6 Herr Bernd Heßler, Arbeitsamt
- 7 Herr Ed Kooren, amtl. Vollzugshelfer

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 7: Bericht zur Genehmigung des Haushaltes durch die ADD (Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 19.05.2010)

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 165.

Der Vorsitzende stellt anhand eines Vergleichs mit den Städten Neustadt, Pirmasens und Kaiserslautern die Haushaltslage der Stadt dar.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Kroh erklärt der Vorsitzende, dass zukünftig nicht nur die Fraktionsvorsitzenden, sondern alle Ratsmitglieder die Haushaltsgenehmigung in Papierform erhalten werden.

Der Vorsitzende liest aus der Haushaltsgenehmigung vor, dass aufgrund des Verstoßes gegen das Haushaltsausgleichsgebot die Stadt verpflichtet sei, eine Reduzierung des Haushaltsdefizits im Ergebnishaushalt um mindestens 400.000,00 € herbeizuführen. Diese Forderung könne durch eine Verbesserung der Ertragssituation oder durch eine Reduzierung der Aufwendungen Rechnung getragen werden, die der Aufsichtsbehörde schriftlich nachzuweisen sind.

Der Vorsitzende erklärt, dass es Aufgabe der Haushaltskommission sei, eine Lösung dafür zu finden.

Der Vorsitzende berichtet, dass sich die Zinslastquote auf ca. 8 % belaufe, was bei einer hohen Fremdkapitalbelastung ein sehr guter Wert sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass aus der Genehmigung zu entnehmen sei, dass bei der Einwohnerzahl von 34.673 (Stand 30.06.2009) von einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 6.664,00 € (im Vorjahr ca. 5.553,00 €) auszugehen sei. Deshalb seien finanzielle Spielräume für die Wahrnehmung neuer freiwilliger Aufgaben oder eine Ausweitung des Aufwandes so schon bisher wahrgenommen freiwillige Aufgaben angesichts der äußerst desolaten Haushalts- und Finanzlage nicht gegeben.

Die Bilanzsumme der vorläufigen Vermögensaufstellung zum 01.01.2009 betrage ca. 494 Mio. Euro. Danach werde von einem positiven Eigenkapital von ca. 111 Mio. Euro ausgegangen. Dies entspreche einer Eigenkapitalquote von ca. 22 %.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Eigenkapital immer weniger werde und dies in Zukunft verhindert werden müsse.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt der Vorsitzende, dass eine Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land derzeit geprüft werde, um Synergieeffekte zu nutzen und Kosten einzusparen.

Ratsmitglied Schanne-Raab betont, dass die Eigenbetriebe bzw. Beteiligungsgesellschaften bei den Konsolidierungsbemühungen verstärkt eingebunden werden müssten. Weiterhin solle geprüft werden, ob so viele Stellen extern ausgeschrieben werden müssen.

Ratsmitglied Rimbrecht ist der Meinung, dass der Vorsitzende nicht nur über die Haushaltsgenehmigung berichtet, sondern darüber hinaus eine zum Teil sehr eigenwillige Interpretation vorgenommen habe. So müsse berücksichtigt werden, dass die Steuer-

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

einnahmen der Stadt nur deshalb so hoch seien, weil in den vergangenen Jahren erhebliche Gewerbesteuernachzahlungen im zweistelligen Millionenbereich angefallen seien. Man dürfe nicht auf eine Inflation hoffen, dies wäre katastrophal für die Stadt.

Ratsmitglied Dr. Hitschler ist der Meinung, dass der Vorsitzende in seinem Bericht die Realitäten beschönigt habe. Er erklärt, dass er den Bescheid völlig anders bewerte. Noch nie sei die ADD in ihren Beanstandungen und Auflagen so weit gegangen wie dieses Mal. Es bestehe erheblicher Handlungsbedarf, wenn man beachte, dass sich der Jahresfehlbetrag um ca. 11,8 Mio. Euro, die Aufwendungen um 19 Mio. Euro erhöht hätten und die Stadt mit einer Kreditsumme von 231 Mio. Euro belastet sei. Der Bescheid der ADD mache deutlich, dass eine Personalentwicklungsplanung fehle. Zudem müsse die interkommunale Kommunikation verbessert und vorangetrieben werden. Der Bescheid sei eine Ohrfeige für die Stadt.

Ratsmitglied Wilhelm erklärt, dass sie den Bescheid ebenfalls für sehr bedenklich halte und dieser zeige, dass die Arbeit der Haushaltskommission sehr wichtig sein werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass er kein Interesse daran habe, irgendetwas zu verschleiern bzw. tendenziös darzustellen. Vielmehr sei es sein Anliegen, gemeinsam mit dem Stadtrat eine Lösung zu finden.

Verteiler:
Amt 20

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 8: **Beitritt zur gemeinsamen Resolution „Investitionskraft der Städte erhalten“
(Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2010)**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 166.

Ratsmitglied Presl erklärt, dass er sich keine großen Erwartungen von der Resolution mache und deshalb dem Antrag nicht zustimmen werde.

Der Stadtrat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Dem Antrag der CDU-Stadtratsfraktion wird zugestimmt.
Der Resolution „Investitionskraft der Städte erhalten“ wird beigetreten.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

I
WiFö
Amt 10

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

**Punkt 9: Beteiligung der Fraktionen (Fraktionsvorsitzenden) an der Gestaltung des Programms anlässlich des Aufenthalts der Delegationen Barrie, Yorktown und Boulogne zur 600-Jahr-Feier des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken
(Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2010)**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 167.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Dem Antrag der CDU-Fraktion wird zugestimmt.

Die Fraktionen werden an der Gestaltung des Programms anlässlich des Aufenthalts der Delegationen Barrie, Yorktown und Boulogne zur 600-Jahr-Feier des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken beteiligt.

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 41

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

**Punkt 10: Ausweisung eines Nahversorgungszentrums im Rahmen des
Bebauungsplanes Gewerbegebiet Niederauerbach
(Antrag der Fraktionen FDP, SPD und Die Linke vom 25.05.2010)**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 169.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, dass sich die Nahversorgungssituation in Niederauerbach durch die Schließung des Wasgau-Marktes und die Verlagerung des Aldi-Marktes zum Hilgard-Center verändert und verschlechtert habe. Er berichtet, dass die Firma Lidl ihr Geschäft auf das Gelände der Firma Sattler mit ca. 1.200 qm verlagern möchte. Am jetzigen Standort neben der Firma Sauerer habe Lidl eine Verkaufsfläche von ca. 800 qm. Nach dem Einzelhandelskonzept der Stadt dürfe ein bestehendes Geschäft nur um 10 % erweitert werden. Ein Neubau mit einer Vergrößerung um 80 qm würde sich jedoch nicht lohnen. Der Bebauungsplan müsse deshalb geändert werden.

Ratsmitglied Presl erklärt, dass der Markt ein Kundenpotenzial der umliegenden Stadtteile und Gemeinden von ca. 16.500 Personen habe.

Ratsmitglied Kaiser erklärt, dass bei der Firma Sattler keine Arbeitsplätze verloren gingen.

Ratsmitglied Dr. Hitschler stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt in den Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Dem Antrag von Ratsmitglied Dr. Hitschler wird **e i n s t i m m i g** zugestimmt.
Der Tagesordnungspunkt wird in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Punkt 11: Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 163.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben erheblichen Umfangs im Haushaltsjahr 2010,

Budget 0340, Produkt 24.2.001.02, Sachkonto 78571000, Untersachkonto 29300.93500
„Beschaffung EDV-Hardware Schulbuchausleihe“ in Höhe von 9.000,00 €

wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 40

Punkt 12: Anfragen von Ratsmitgliedern

1 Anfrage von Ratsmitglied Schiller

Kostenübernahme des Blattes „Ausblick“ des Ortskartells Ernstweiler

Ratsmitglied Schiller erklärt, dass ihm zugetragen worden sei, dass das Informationsblatt „Ausblick“ von der Stadt finanziert werde und seit einem Jahr die Kosten des Drucks so hoch seien, dass sie das Budget der Vororte fast erreicht hätten.

- a) Wer hat die Kosten zur Übernahme und den Druck des Blattes angeordnet?
- b) Wie viele Hefte sind ab 2007 von der Stadt gedruckt worden?
- c) Wie teuer war der Druck in jedem einzelnen Jahr seit 2007?
- d) Beabsichtigt die Stadt weiterhin die Kosten für den Druck dieses Blattes zu übernehmen?

A n t w o r t d e r V e r w a l t u n g:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

2 Anfrage von Ratsmitglied Hahn

Beschilderung in der Römerstraße

Ratsmitglied Hahn erklärt, dass man in der Römerstraße viele Schilder der 30-Km-Begrenzung nicht mehr sehe. Er fragt, ob die Zone 30-Schilder bestehen bleiben oder ob die Ausschilderung reduziert werde.

A n t w o r t d e r V e r w a l t u n g:

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Beantwortung der Anfrage von Ratsmitglied Nunold aus der vorherigen 11. Stadtratssitzung und erklärt, dass die Beschilderung seinerzeit zur Gewöhnung an die neue Verkehrssituation erfolgte und im Bereich der Schule/Kindergartentagesstätte aus Gründen der Verkehrssicherheit beibehalten werden sollte. Die entbehrlichen Schilder werden in den nächsten Wochen entfernt.

3 Anfragen von Ratsmitglied Dr. Runge

a) Abriss des Pavillons auf dem Alexanderplatz

Ratsmitglied Dr. Runge fragt, wann der Pavillon auf dem Alexanderplatz abgerissen werde.

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

b) Verkehr an der Rosengartenstraße

Ratmitglied Dr. Runge erklärt, dass an Pfingsten ein so großes Verkehrsaufgebot mit Bussen war, dass die Autofahrer teilweise die Rosengartenstraße nicht mehr verlassen konnten, da die Busse eine Seite der Straße blockiert haben. Er schlägt vor, dass die Busse beispielsweise auf der anderen Straßenseite parken könnten.

A n t w o r t d e r V e r w a l t u n g:

- a) Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.
- b) Der Vorsitzende erklärt, dass an Tagen mit vielen Besuchern die Rosengartenstraße normalerweise gesperrt sei, sodass niemand hineinfahren könne.

4 **Anfrage von Ratsmitglied Kretzschmar**

Baustelle in der Kesselbachstraße

Ratsmitglied Kretzschmar erklärt, dass seit mehr als einer Woche die Kesselbachstraße entlang der Gefängnismauer in Richtung Fasaneriestraße bis über die Hälfte der Straßenbreite mit einer Baustellenbeschilderung abgesperrt und bis auf eine schmale Durchfahrt eingeeengt sei. Die Verengung sei in einer leichten Rechtskurve, sodass sich die in die verengte Fahrspur einfahrenden Fahrzeuge nicht gut sehen können. So komme es zu Blockierungen und die in die Stadt fahrenden Fahrzeuge müssen dann auf den Gehweg ausweichen.

Gegenseitige Beschimpfungen der Fahrer seien die Folge.

Warum sind seit über einer Woche Baustellenabgrenzungen dort aufgestellt, ohne dass Arbeiten ausgeführt werden? Ab wann wird dort gearbeitet und wie lange wird die Behinderung dauern? Um welche Baumaßnahme handelt es sich? Wenn es eine Straßenkanalbaumaßnahme ist, kann man die Einengung verkürzen und sie dem Arbeitsfortgang anpassen, um so die Baustelle besser einsehen zu können?

A n t w o r t d e r V e r w a l t u n g:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass das Wirtschaftsgebäude in der JVA abgerissen und neu gebaut werde. Zu diesem Zweck werde der Bauabschnitt über die Mauer in Lkws getragen. Die Absperrung habe der Landesbetrieb als Eigentümer veranlasst und vermutlich das städtische Ordnungsamt damit beauftragt.

6 **Anfrage von Ratsmitglied Stauch**

Schutzstellung der Teile des Rosengartens der 50er Jahre

Ratsmitglied Stauch erklärt, dass die deutsche Gesellschaft „Garten- und Landschaftskultur“ eine Resolution an die Stadt geschickt habe bezüglich der

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Schutzstellung des Rosengartenbereichs der 50er Jahre. Sie fragt, wie die Stadt damit umgehe und was geplant sei.

A n t w o r t d e r V e r w a l t u n g:

Der Vorsitzende erklärt, dass dies auch mit der Planung der Rosenfreunde zu diesem Thema zusammenhänge, welche ihm zur Verfügung gestellt werde. Weiterhin erklärt er, dass er die Diskussion, einen Teil oder den ganzen Rosengarten unter Denkmalschutz zu stellen, für überlegungswert halte. Er sichert zu, sich um diese Angelegenheit zu kümmern.

Verteiler:

Amt 10

Amt 32

Amt 60

12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20.03 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Prof. Dr. Reichling
Oberbürgermeister

Körner
Oberamtsrat

Guthor
Stadtinspektorin